

AI-Expert*innen-Pool der Stadt Wien
Paper zur Dokumentation der Diskussion zum Thema

Herbst 2025

Starker Universitätsstandort Wien trifft starken Wiener KI-Standort: KI-Expertise für die Stadt von morgen

Stadt Wien
AI-Kompetenznetzwerk des Magistrats der Stadt Wien
1082 Wien, Rathaus

UIV - Urban Innovation Vienna GmbH
Operngasse 17-21/11. Stock
1040 Wien

Paper zur Dokumentation von Potenzialen und strukturellen Handlungsfeldern für die Kooperationen zwischen Wissenschaft, Forschung, Verwaltung und Digitalwirtschaft in Wien.

Wien verfügt über eine außerordentlich dichte und qualitativ hochwertige Hochschul- und Forschungslandschaft, die durch den wachsenden KI-Standort der Stadt zusätzlich Relevanz gewinnt. Im Rahmen der Diskussionen mit Expert*innen des AI-Expert*innen-Pools der Stadt Wien wurden strukturelle, organisatorische und inhaltliche Aspekte identifiziert, um die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, städtischer Verwaltung und digitaler Wirtschaft dauerhaft zu stärken.

Strukturelle Kooperation und Wissensintegration zwischen Universitäten, Forschung und städtischer Verwaltung

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie der Austausch zwischen Stadt, Wissenschaft (und digitaler Wirtschaft) langfristig strukturiert werden kann. Die Expert*innen verwiesen darauf, dass Wien über eine starke Forschungslandschaft verfügt, deren Potenziale jedoch nicht automatisch in kommunale Anwendungen, Innovationsprozesse oder operative Verwaltungsabläufe übersetzt werden.

Es braucht daher Kooperationsmodelle, die über projektbezogene Zusammenarbeit hinausgehen und dauerhafte Partnerschaften ermöglichen. Entscheidend sei, die Stadtverwaltung in die Lage zu versetzen,

wissenschaftliche Expertise systematisch zu nutzen und zugleich den Wissensbedarf der Verwaltung sichtbar und zugänglich für Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu machen.

Die Diskussion zeigte, dass Kooperationen zwischen Wissenschaft und Verwaltung an organisatorischen Fragmentierungen scheitern können. Das Aufzeigen von Best-Practices kann hier eine Grundlage für die Identifikation gut funktionierender Modelle sein. Während erfolgreiche Beispiele belegen, dass fachliche Expertise und Verwaltungslogik gut miteinander harmonieren können, verdeutlichen weniger gelungene Fälle, wie unterschiedlich Erwartungshaltungen, Arbeitskulturen und Zeithorizonte sein können.

Die Expert*innen betonten, dass Wien bereits über erfolgreiche Pilotprojekte verfügt, die als Referenz für

neue Modelle dienen können. Der systematische Vergleich gelungener und nicht gelungener Kooperationen könne wertvolle Hinweise darauf liefern, welche Mechanismen, Rollenbilder und Arbeitsprozesse funktionieren und wie diese künftig institutionell gestützt werden können. Ziel müsse sein, effektive Formate zu identifizieren und sie als Standardroutinen nachhaltig zu verankern.

Kooperationsformen und Anlaufstellen

Eine zentrale Empfehlung war die Verdichtung bestehender Einrichtungen städtischer Anlaufstellen, die den Austausch strukturieren, Bedarfe vermitteln, und z.B. die gemeinsame Antragstellung für Forschungs- und Entwicklungsprojekte noch weiter erleichtern. Sichtbarkeit und Transparenz städtischer Bedarfe, Interessen und wissenschaftlicher Angebote wurden als wesentliche Voraussetzungen benannt, um Kooperationen zu ermöglichen.

Eine besonders hervorgehobene Kooperationsform war die Idee sogenannter „Sandboxes“. Darunter wird ein rechtlicher und organisatorischer Rahmen verstanden, der es ermöglicht, neue KI-Anwendungen unter kontrollierten Bedingungen zu testen. Eine solche „KI-Sandbox“ könnte einen geschützten Raum schaffen, in dem städtische Daten, wissenschaftliche Expertise und technologische, wirtschaftliche Innovation zusammengeführt werden. Dies würde nicht nur Experimentierräume eröffnen, sondern auch die Übersetzung von Forschungsergebnissen in den Verwaltungskontext beschleunigen.

Darüber hinaus wurde die Rolle von Forschungszentren diskutiert. Städte können sich gezielt an Technologie- und Forschungszentren beteiligen, die entweder wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Schwerpunkt haben. Beispiele reichen von Inkubatoren bis hin zu Excellence-Centern, die themenspezifisch Forschung, Wirtschaftspartner und Verwaltung vernetzen. Solche Zentren können als Knotenpunkt für Wissenstransfer dienen, gemeinsame Infrastruktur bündeln und langfristig die Sichtbarkeit des Standorts erhöhen.

Beispiele für inhaltliche Zusammenarbeit und Wissenstransfer

Ein wiederkehrendes Thema war der Zugang zu Daten. Die Expert*innen betonten, dass Forschungseinrichtungen ihre Arbeit auf robuste, qualitätsgesicherte Daten stützen müssen. Städte verfügen über Datenbestände, die für wissenschaftliche Fragestellungen, beispielsweise im Gesundheitsbereich, von hoher Relevanz sind. Der Zugang zu anonymisierten Gesundheitsdaten könnte die Forschung in Bereichen wie Präventionsmedizin,

Versorgungsforschung oder KI-gestützten Diagnoseverfahren maßgeblich voranbringen.

Ein diskutiertes Szenario betraf die Stadt Wien als Inkubator für klinische KI-Studien. Durch geeignete Kooperationsstrukturen könnten Forschungseinrichtungen praxisnahe Anwendungen testen, während die Stadt frühzeitig Erkenntnisse über Einsatzmöglichkeiten im Gesundheitsbereich gewinnt.

Ein Vorschlag zielte auf die systematische Einbindung von Studierenden in städtische Projekte ab. Diese könne sowohl zur Stärkung der Talentepipeline als auch zur Weiterentwicklung der Verwaltung beitragen. Abschlussarbeiten oder Dissertationen könnten gezielt auf Fragestellungen der Stadt ausgerichtet werden, wodurch neue Perspektiven, Methoden und kreative Lösungsansätze in den städtischen Betrieb gelangen. Gleichzeitig könne die Stadt Wien sich als attraktive Arbeitgeberin („Employer Branding“) positionieren und künftige Fachkräfte frühzeitig an kommunale Aufgaben heranführen.

Die Expert*innen verwiesen zudem auf das Potenzial gemeinsamer Infrastrukturprojekte. Die Idee eines lokal verankerten Sprachmodells, das in geschützter Art und Weise auf Wiener Verwaltungs- oder Verkehrsdaten trainiert und gemeinsam mit Wirtschaftsakteur*innen entwickelt werden könnte, wurde als Beispiel für ein Projekt genannt, das technologische Innovation, wissenschaftliche Exzellenz und kommunalen Nutzen verbinden würde.

Kommunale Forschungspolitik

Die KI-Expert*innen äußerten deutliche Sorge hinsichtlich zunehmenden wirtschaftlichen Drucks auf Universitäten. Der Trend zu verstärkter Drittmitteleinflussierung könne langfristig die Unabhängigkeit der Forschung gefährden und den Fokus von Grundlagenforschung hin zu kurzfristigen, industriegetriebenen Fragestellungen verschieben.

Die Expert*innen plädierten deshalb für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beiden Forschungsformen. Grundlagenwissenschaft sei notwendig, um langfristige Innovationsfähigkeit sicherzustellen, während angewandte Forschung gezielt auf gesellschaftliche Bedarfe und wirtschaftliche Entwicklungen antworte.

Städte könnten in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle spielen, indem sie eigene Förderprogramme bereitstellen, die lokal relevante

Forschungsschwerpunkte stärken und Universitäten in strategischen Themenbereichen unterstützen. Wien könnte als Standort gezielt Impulse setzen und damit dazu beitragen, Talente anzuziehen und den Forschungsstandort weiter zu profilieren.

Ein weiterer Punkt war die sogenannte „letzte Meile“ zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer praktischen Umsetzung. Häufig bleiben Forschungsergebnisse ungenutzt, weil der Transfer in operative Strukturen nicht ausreichend begleitet wird. Die Stadt könnte hier eine aktive Rolle übernehmen, indem sie Transferprogramme einrichtet, Pilotprojekte ermöglicht oder Innovationspartnerschaften fördert.

Regulatorik und rechtliche Komplexität

Die Diskussion verdeutlichte, dass die regulatorische Landschaft im Bereich KI komplex ist und für

Verwaltungen wie Forschungseinrichtungen erhebliche Herausforderungen mit sich bringt. Die Anwendung unterschiedlicher Rechtsgrundlagen sowie die Einbettung neuer Technologien in bestehende Normensysteme erschweren die Umsetzung innovativer Projekte.

Die Zusammenarbeit zwischen juristischen Expert*innen der Verwaltung und KI-Forschungseinrichtungen könnte deshalb einen wesentlichen Beitrag leisten, um Rechtsvorschriften zu verstehen, auszulegen und in den Regelbetrieb zu überführen.

Als strukturelles Element für einen solchen Austausch könnte ein „AI Council“ fungieren. Dieses Gremium könnte Vertreter*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und rechtlicher Expertise zusammenbringen, um kontinuierlich Fragen der Regulierung, technischen Entwicklung und ethischen Anwendung zu diskutieren.

Über dieses Paper:

Das vorliegende Paper basiert auf einem Austausch mit Expert*innen des AI-Expert*innen-Pools der Stadt Wien im Mai 2025.

Es dokumentiert die Kernaussagen der Expert*innen, zeigt strukturelle Bedarfe auf und beschreibt Handlungsoptionen für eine zukunftsorientierte Kooperation zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft am Standort. **Die Inhalte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern bilden die zentralen Diskussionsschwerpunkte ab.**

Wien, Herbst 2025

Über den AI-Expert*innen-Pool der Stadt Wien:

Der AI-Expert*innen-Pool der Stadt Wien ist eine strategische Initiative, die darauf abzielt, führende Fachleute aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz mit der Stadt Wien zu vernetzen.

Er dient als Beratungs- und Austauschplattform, um die Stadt im Umgang mit, sowie bei der Integration und Anwendung von KI-Lösungen, zu unterstützen.

Aktuell gehören insgesamt 10 nationale und internationale Expert*innen dem Pool an.